



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Neueste Rothbuch.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das neueste Rothbuch.

Wir haben früher Graf Beust gegen die Anschuldigungen der officiösen preussischen Presse vertheidigt, welche ihn bei jeder Gelegenheit als Störenfried und Ränkeschmied hinstellte, aber es fällt uns schwer zu Gunsten seiner neuesten Publikationen etwas zu sagen, mit Ausnahme der Depeschen, welche sich auf den Conflict mit der Curie beziehen. Es ist als ob er die sarkastischen Bemerkungen rechtfertigen wollte, mit denen Graf Bismarck die Aufforderung beantwortete: auch seinerseits Blaubücher zu veröffentlichen. Das Rothbuch enthält diesmal wirklich viel „Anschauliches“, während man zufällig weiß, daß daneben der österreichische Reichskanzler so höchst Schädliches in die Welt hat gehen lassen, wie die Depesche vom 1. Mai d. J. in der belgischen Angelegenheit, von der wohlweislich nichts gesagt ist. Graf Beust ist unzweifelhaft ein sehr gescheidter Mann, er hat auf seinem schwierigen Posten Großes geleistet, aber er hat eine unglückliche Sucht, von sich reden zu machen und über alles seine Meinung abzugeben. Diese Neigung zeigte sich schon als er nur sächsischer Minister war und sich als solcher bewogen fand, über alle Ereignisse der großen Politik Depeschen abzufassen, die von den europäischen Cabinetten mit unverhohlener Geringschätzung behandelt wurden. „Mr. de Beust est un railleur“ hieß es in den Kanzleien, zumal seine Auslassungen meist von unerträglicher Breite waren. „Mordax“ nannte sich Herr von Beust in Dresden selber, — „scribax“ wäre richtiger gewesen. Der jetzige Reichskanzler hat nun allerdings den Beruf, sich über die meisten Fragen der europäischen Politik auszusprechen, aber er fehlt unserer Ansicht nach, von der Sache abgesehen, noch oft in der Form; er schreibt, wo es nicht nöthig ist, widerlegt Einwände oder Beschwerden, die niemand erhoben hat, und zieht seine Argumentationen zu ungebührlicher Länge aus. Aus allem, was er schreibt, leuchtet nicht der feste klare Sinn des Staatsmannes, der unbeirrt ein großes Ziel verfolgt, sondern der unruhige Geist eines begabten Mannes, dem vor allem daran liegt, daß er bei allem mitspreche.

Was die einzelnen Fragen betrifft, auf welche die Depeschen des Rothbuchs Bezug haben, so ist hinsichtlich des Incidentpunktes, welcher im Beginn d. J. am ernstlichsten den europäischen Frieden bedrohte, wenig aus der Sammlung zu lernen. Graf Beust bekennt in einem Erlaß an den österreichischen Geschäftsträger in Constantinopel ziemlich naiv, durch den Ausbruch des Conflicts zwischen der Türkei und Griechenland überrascht zu sein; andere Fragen von größerer Wichtigkeit hätten ihn absorbirt gehabt. Daß er im Sinne des Friedens gewirkt, daß die Anschuldigung der russischen Presse,

Baron Profesch habe den ganzen Conflict angezettelt aus der Luft gegriffen, glauben wir gern. Aber eine unparteiische Darstellung hätte in der den Aktenstücken vorausgehenden Uebersicht erwähnen müssen, daß die Beseitigung der Gefahr diesmal vor allem Preußen zu danken war. Graf Bismarck nahm die Initiative zur Conferenz, der preussische Geschäftsträger in Paris Graf Solms hat die Hauptrolle bei derselben im Sinne der Ausgleichung gespielt und es ist dies um so höher zu veranschlagen, als Preußen damit in Petersburg sehr mißfiel: es bewies, daß ihm die Erhaltung des Friedens höher steht als die russische Allianz. Von einer Anerkennung dieser unbestreitbaren Thatsache finden wir in dem Rothbuche nichts, Graf Beust benützt den Conflict nur um immer wieder darauf hinzuweisen, wie man Unrecht gehabt, sein orientalisches Programm von 1867 nicht anzunehmen. Er betont, daß dasselbe der Türkei umfassende Reformen angerathen, übergeht aber mit Stillschweigen, daß gerade von ihm der unglückliche Vorschlag ausging, durch den er damals hoffte, die Gunst Rußlands zu erwerben, nämlich die Bestimmung des Pariser Friedens aufzuheben, durch die das Schwarze Meer neutralisirt ward.

Mit großer Ostentation wird die Bedeutung des neuesten Austausches von Höflichkeiten zwischen Oesterreich und Italien hervorgehoben; auch ohne die Depesche vom 19. April an Baron Rubeck wußte man, daß das Wiener Cabinet eifrigst in Florenz um eine Annäherung bemüht ist, welche schwerlich nur den Character einer Pflege gemeinsamer materieller Interessen hatte. Zum Glück ist Oestreich hier ohne Frankreich ohnmächtig und die Bedeutung der römischen Frage für die innere Politik Napoleons stellt einer aggressiven Tripelallianz zwischen Wien, Florenz und Paris starke Hindernisse entgegen.

Lehrreicher für die letzten Absichten des Reichskanzlers sind die Aktenstücke, welche sich auf die deutschen Angelegenheiten beziehen. Die Depesche vom 2. Dec. 1868 an Graf Wimpffen den übeln Eindruck betreffend, den das vorige Rothbuch in Berlin gemacht, ist schon zur Genüge in der Presse besprochen. Sie war mindestens unnöthig und nur ein Ausfluß der obengedachten Schreibseligkeit. Das Circular vom 6. Mai, welches die Veröffentlichung der preussischen Telegramme von 1866 in dem bekannten östreichischen Generalstabswerke bespricht, läßt den Hauptpunkt unerörtert, wie man nämlich in Wien in Besitz des Chifferschlüssels gekommen ist. Wenn übrigens eine Veröffentlichung von so entschieden politischer Bedeutung ohne vorherige Wissenschaft des Grafen Beust statthaben konnte, so ist dies nur ein Beweis, daß er obwohl erster Minister nicht ausschließlich die auswärtige Politik macht, sondern daß daneben die Strömungen einer kaiserlichen Cabinetspolitik herziehen, denn niemand wird glauben, daß der Chef des Generalstabes gewagt habe derartige Depeschen zu veröffentlichen ohne zuvor an allerhöchster Stelle angefragt zu haben.

In den gleichlautenden Depeschen an die Gesandten in München und Stuttgart vom 4. April gibt der Reichskanzler seinem Wunsche nach Verwirklichung des Südbundes neuen Ausdruck. Wir können diese Sympathien auf sich beruhen lassen, da sie unserer Ueberzeugung nach stets gegenstandslos bleiben werden, der Südbund ist eine Unmöglichkeit. Wir müssen uns aber gegen die Auffassung verwahren, als sei derselbe überhaupt ein Postulat des Prager Friedens. Er wird im Art. 4 nur facultative stipulirt, den süddeutschen Staaten soll es freistehen, zu einem Verein zusammenzutreten, und diesem ist dann vorweg die Anerkennung Oesterreichs gesichert. Im Uebrigen ist der Grundgedanke des Prager Vertrags für den Süden die freie Souverainetät der einzelnen Staaten, die sie offenbar auch in dem Sinne brauchen können und gebraucht haben, sich Beschränkungen der Souverainetät zu Gunsten Preußens aufzuerlegen.

Wir nehmen Gelegenheit, hier eine soeben erschienene kleine Schrift von Professor Negidi, „die Mainlinie“, zu empfehlen, in der die rechtliche Bedeutung der betreffenden Artikel des Prager Friedens bündig erläutert wird. Wir verweisen ferner auf einen merkwürdigen Artikel in der „Augsburger Allgem. Zeitung“ Nr. 210, „das österreichische Rothbuch und die preussische Einheitspolitik“, deren Verfasser, obwohl entschieden antipreußisch gesinnt und trotz der Wiederholung der Fabeln über das durch 50jähriges constitutionelles Leben entwickelte Rechtsgefühl der Südstaaten, zu dem Schlusse kommt, daß nur in der preußischen Centralgewalt die wahre nationale Stütze zu finden, daß dagegen der Süden, auch abgesehen vom Prager Frieden, sich nie Oesterreich anschließen könne, weil dessen liberale innere Politik nur Mittel zum Zweck und nur durch das gebieterische Bedürfniß des Ausgleichs mit Ungarn dictirt sei. „Einer Politik, welche dem Parlamentarismus nur als Mittel gegen die preußisch-deutsche Mission huldigt, vermögen wir kein nachhaltiges Vertrauen zu schenken.“ Außerdem dürfe man historisch nicht unberücksichtigt lassen, daß nicht ein folgenreicher Friede mit dem Auslande abgeschlossen sei, bei welchem nicht das Reich und namentlich der Süden den Schaden für Oesterreichs Gewinn und Entschädigung hätte tragen müssen. — Wir können nur wünschen, daß solche Erwägungen nüchternen Realpolitik mehr und mehr die unklaren Sympathien und Antipathien verdrängen mögen, in denen die Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung sich noch wiegt.

Das Resultat für Deutschland bleibt, daß der Conflict zwischen Preußen und Oesterreich mit dem Prager Frieden nicht beendet ist, sondern stille fort-dauert, aber sicher zuletzt doch wieder zu einer Entscheidung durch die Waffen führen wird. Darauf haben wir uns vorzubereiten und dies bleibt der Gesichtspunkt für unsere Beziehungen zu Oesterreich.

Das Hauptgewicht der neuesten österreichischen Politik liegt in der Hal-

tung, die sie bei der belgisch-französischen Differenz angenommen hat und die geradezu schmähtlich genannt werden darf, wenn man auch vollkommen von allen deutschen Gesichtspunkten absieht.

Es mag dem Grafen Beust unbequem genug gewesen sein, daß seine Depesche vom 1. Mai an den Grafen Wimpffen bekannt ward, und er hat sich gehütet, sie in sein Rothbuch aufzunehmen, und auch das abschwächende Circular, das er zur Erklärung erlassen haben soll, fehlt. Wir finden nur eine Depesche an den Gesandten in Dresden, welche einer falschen Auffassung der kaiserlichen Politik seitens der sächsischen Regierung entgegenwirken soll. Wir können uns aller Bemerkungen hierüber enthalten, da die bekannte vortreffliche Antwort des Herrn v. Friesen an diesem Product schon Justiz geübt hat. Der eigentliche Kern bleibt die Depesche vom 1. Mai, die zunächst ganz unmotivirt war.

Es war natürlich, daß der österreichische Gesandte in Berlin mit seinem belgischen Collegen gelegentlich über eine Frage sprach, welche die Politik damals lebhaft bewegte. Aber eine derartige Unterhaltung motivirte in keiner Weise Rathschläge an Belgien, sich nachgiebig gegen Frankreich zu zeigen. Belgien hatte sie nicht gefordert und brauchte sie auch nicht, es hatte sich nur auf einen Allirten zu stützen und dessen Rath zu beachten, nämlich England. Lord Clarendon hat seine Aufgabe in trefflichster Weise gelöst, er hat in Paris seine Stimme aufs nachdrücklichste für die Unabhängigkeit Belgiens erhoben und hat in Brüssel seinen Beistand gegen jedes unkeusche Verlangen Frankreichs zugesagt. Mit dieser Unterstützung ist es der Klugheit und Energie des Herrn Frère-Orban gelungen, den ungeschickten Angriff abzuschlagen und in eine ziemlich offene Niederlage der napoleonischen Politik zu verwandeln. Aber weder er noch Lord Clarendon haben viel Wesen von ihrer Action gemacht, Graf Beust hat sich unberufen mit Rathschlägen eingedrängt, welche allgemeines Mißtrauen wachgerufen. Lord Clarendon hat über die ihm mitgetheilte Depesche seinen unverhohlenen Unwillen ausgesprochen und in Paris war man wiederum von der Betonung der politischen Unabhängigkeit Belgiens wenig erbaut, womit der franzosenfreundliche Rath an das Brüsseler Cabinet verbrämt war. Der Reichskanzler hat wenig Grund, sich über seine Einmischung zu beglückwünschen.

Die einzige Frage, in der wir seiner Haltung zustimmen und ihm besten Erfolg wünschen, ist die des Verhältnisses zu Rom. Der Reichskanzler scheint uns hier die einzig richtige Politik zu verfolgen, nämlich ohne Verhandlungen mit Rom, die doch unnütz bleiben müssen, einseitig die gesetzliche Regelung der confessionellen Verhältnisse im Interesse des Staates zu vollziehen, dabei aber sorgfältig sich jedes Actes zu enthalten, welcher dem Clerus den Anschein eines Martyriums geben könnte und die katholische Bevölker-

ung aufregen mußte. Graf Trautmannsdorf, der kaiserliche Botschafter in Rom, soll nur im allgemein versöhnlichem Sinne wirken, aber von allen Verhandlungen absehen, so lange nicht die Curie freiwillig die vollendeten Thatfachen in Oesterreich anerkennt. Auch mit der Antwort auf die Anfrage des Fürsten Hohenlohe wegen der Stellung zum bevorstehenden Concil müssen wir uns einverstanden erklären. Das Circular des bairischen Ministers war wohlgemeint und mag als Avertissement in Rom etwas mäßigend gewirkt haben, aber Verhandlungen mit der Curie über solche Punkte führen zu nichts, ihr letztes Wort bleibt stets das Non possumus, wobei der Staat natürlich zu kurz kommt. Er muß sich daher aus eigener Machtvollkommenheit sein Gebiet abgrenzen, die religiöse Freiheit der Katholiken auch da achten, wo sie ihm unbequem wird, dagegen Uebergrieffe in seine Rechte und Angriffe auf Andersgläubige rücksichtslos abweisen und die Priester behandeln wie alle andern Staatsbürger. So geschieht es in Belgien und man befindet sich wohl dabei, diesen Weg hat auch Oesterreich eingeschlagen. Fühlen die Laien dann, daß sie Anhalt beim Staat gegen die Uebergrieffe des Clerus haben, so werden sie sich deren erwehren, um so mehr, je vermehner der päpstliche Absolutismus sein Haupt erhebt. Das Concil mag die Himmelfahrt Mariä, ja die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erheben, aber ein Priester der aus einem Befehl des Papstes die Befugniß herleiten wollte, einem Staatsgesetz ungehorsam zu sein, ist zu bestrafen wie jeder andere Widerspenstige. Es ist bedeutsam, daß sich Graf Beust, indem er sich gegen jede präventive Maßregel in Bezug auf das Concil ausspricht, nicht nur auf die Zustimmung seines Souverains, sondern auch auf „das volle Einverständnis der Ministerien beider Reichshälften“ berufen kann. Bei seinen deutschen und belgischen Depeschen finden wir von solcher Uebereinstimmung nichts erwähnt und wir können nur wünschen, daß er sich künftigauf solche Meinungsäußerungen beschränken möge, denen Graf Andrassy beipflichten mag.

Das Werk des sächsischen Generalstabs über den Krieg von 1866.

Der Antheil des königlich sächsischen Armeecorps am Feldzuge 1866 in Oestreich.
 Bearbeitet nach den Feldacten des Generalstabes. Dresden 1869. —

Der Stab des 12. Bundesarmee-corps vermochte für seine Schrift das officielle preussische und österreichische Werk zu benutzen, die gegenwärtige Stellung des sächsischen Armeecorps im norddeutschen Bunde machte selbstver-